

Die 70er Jahre. Politisierung von Jugend und Jugendkultur zwischen Christlicher Demokratie, Neokonservatismus und Rechtsextremismus in Italien und der Bundesrepublik 1967-1982

Veranstalter: Massimiliano Livi, Exzellenzcluster 212, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Daniel Schmidt, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Michael Sturm, Geschichtsort Villa ten Hompel Münster

Datum, Ort: 01.04.2009–03.04.2009, Münster

Bericht von: Sebastian Felz, Münster

Die 1970er-Jahre gelten nicht nur für die Bonner Republik als „Rotes Jahrzehnt“ (Gerd Koenen), sondern auch in Italien schien die Linke erfolgreich die politisch-kulturelle Hegemonie errungen zu haben, nicht zuletzt im Hinblick auf die Jugend und Jugendsubkulturen. Dieser Workshop fragte nach der anderen, der „schwarzen“ Seite dieses Jahrzehnts, welches unter den Schlagworten wie „Tendenzwende“ in Westdeutschland oder „Antisistema“ in Italien zahlreiche politische Gruppen, Projekte und Initiativen hervorbrachte, die sich als Gegenentwurf zu der vermeintlich kulturellen sowie politischen Vorherrschaft der Linken verstanden und eine nicht unbeträchtliche Mobilisierung von Jugendlichen erreichte.

Die erste Sektion leitete KARIN PRIESTER (Münster) mit der Frage ein: „1968 in Italien und Westdeutschland: Ein fundamentaler Unterschied“? Sie zeichnete ein weites Panorama der ‚68er‘ als politisch-kulturelle Bewegung. Den Schwerpunkt der Bestrebungen verortete die Referentin im moralischen Impetus, getragen von Rudi Dutschke, der einem „pfingstbewegten Wanderprediger“ ähnelte und an Savonarola erinnerte. Weder die Gewerkschaften noch der Alt- oder real existierende Kommunismus habe die Jugend der 1960er-Jahre angezogen, die sich angeschiedt habe, das revolutionäre Subjekt von der Arbeiterklasse auf Randgruppen zu verschieben, während sie selbst zum „Marsch durch die Institutionen“ ansetzte. Dagegen sei in Italien der Protest politischer, die Verbindung zwischen Studenten und Jungarbeitern enger gewesen. Das italienische 1968 habe sponta-

nere Züge getragen, so die Referentin, welche sich aus der Tradition von Proudhon und des Anarcho-Syndikalismus gespeist hätten sowie ideologisch von Antonio Negri oder Mario Tronti („Operasmus“) munitioniert worden seien und sich hauptsächlich gegen die Fabrikarbeit richteten.

Im zweiten Einleitungsreferat richtete BERNHARD SCHMID (Paris) den Blick nach Frankreich. Die Entkolonisierung im Allgemeinen und der Algerienkrieg im Speziellen prägten das politische Frankreich in den 1960er-Jahren. Auf den Schock der Niederlage in Nordafrika habe die Rechte mit der Gründung der Gruppe „Grece“ reagiert, welche für die französische Rechte um ihren Vordenker Alain de Benoist für ihren Traditionsbezug auf die vorchristliche Vergangenheit stehe. Sowohl in der hellenistischen als auch keltischen Antike suchten sie die Abkehr von der „judeo-christlichen Kultur“. Deren Monotheismus habe die Gleichheit aller Menschen vor einem einzigen Gott verkündet und damit als eine Vorläuferideologie für Liberalismus und Kommunismus fungiert. Während in der Kolonialzeit ein rassistischer Paternalismus der Europäer auf dem afrikanischen Kontinent vertreten worden sei, habe sich nun der Fokus auf die Möglichkeit des Zusammenlebens auf europäischem Boden gerichtet, welche aufgrund eines „Differenzrassismus“ verneint wurde. Die daraus entspringende Ideologie des „Ethnopluralismus“ habe eine getrennte Entwicklung der Kulturen im jeweiligen Ursprungsland und damit eine Ausweisung aller Ausländer aus Frankreich gefordert. Um 1975 differenzierte sich das rechte Spektrum aus und warb mit der neuen Organisation „L’horloge“ (Uhrwerksklub) um neue Mitglieder an den Elitehochschulen. Diese Kader standen allerdings dem Markt und dem Kapitalismus positiv gegenüber, so dass ein Auseinanderdriften stattfand. Beide Gruppen fanden sich aber Anfang der 1980er-Jahre im „Front national“ wieder, dessen Spaltung zehn Jahre später für die intellektuelle Rechte Frankreichs die politischen Aktivitäten zunächst beendete, um in der Ära Sarkozy wieder an Einfluss zu gewinnen.

Die zweite Sektion (Politisierungsgagentu-

ren) eröffnete ANNA MENGE (Oxford) mit ihrer Untersuchung politischen Verhaltens konservativer Studenten um 1970 in Bezug auf die Herausforderung der Linken. Gestützt auf Karl Mannheims Generationskonzept zeigte sie, dass die „Anti-68er“ eine vernachlässigte Größe der Geschichtsschreibung seien, deren damalige Bedeutung in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrer historischen Aufarbeitung stehe. Die politische Rechte und insbesondere der RCDS hätten gegen die revolutionär-romantische Politikauffassung der Linken ein evolutionär-rationales Gegenprojekt gesetzt, dass aufgrund der kulturellen Hegemonie der Linken in der Öffentlichkeit immer weniger eingebracht wurde. Einer kleinen, in ihrer eigenen Geschichtspolitik sehr aktivistischen Linke stehe bis heute in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Jahre eine unbeachtete, da durch eine „Schweigespirale“ sprachlose, Mehrheit der gemäßigten bis rechten Studenten gegenüber; obwohl auch für den RCDS, wie die Schriften des damaligen Vorsitzenden Wulf Schönbohm zeigten, 1968 eine politische Wasserscheide darstelle.

Eine Bildungsstufe zurück führte der Vortrag von LINDE APEL (Hamburg), die Politisierungsmuster an Oberschulen anhand von Zeitzeugeninterviews analysierte. Während auch für die Oberschüler der Fokus der Geschichtsschreibung auf linke Projekte wie die Reform der Lehrinhalte, keine Zensur der Schülerzeitungen und Stärkung der Mitbestimmung gelegen habe, ständen rechte Bewegungen im toten Winkel der historischen Aufmerksamkeit. So formierte sich 1967 ein „Schülerkreis christlicher Schüler“ in Berlin, der wie die konservative Studentenschaft Reformen in evolutionärer Entwicklung und nicht durch revolutionäre Explosion befürwortete. Die Junge Union habe versucht, über den „Verband kritischer Schüler“ durch Vorträge, Beat- und Clubabende Einfluss zu nehmen, was aufgrund des schlechten Images der Union nur begrenzt gelang. Die Gründung der Schülerunion habe einen weiteren Schritt dargestellt, die Jugend nicht gänzlich an die Linke zu verlieren. Trotz großer Schwierigkeiten der Konservativen in diesem Klientel, Mitglieder zu gewinnen, speiste sich die Nachwuchsorganisation der CDU, wie die Referen-

tin ausführte, vor allem aus Jugendlichen, die sich als „Anti-68er“ Distinktionsgewinne und Identitätsfindung durch die Abgrenzung vom größtenteils links gefärbten Umfeld versprachen.

Den ersten Tag der Veranstaltung beschloss FRANK BÖSCH (Gießen) mit einem öffentlichen Abendvortrag über die Neuformierung der Christdemokraten in den 1970er-Jahren. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung seien die Jahre nach 1968 für die Christdemokraten absolut gesehen von den besten Ergebnissen in Bundes- und Landtagswahlen geprägt gewesen. Auch die Großnarrative von Entkirchlichung, dem Verschwinden des Mittelstandes und der Entfremdung der Frauen von der Union ließen sich so nicht halten. Dennoch bedeuteten die Jahre nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972 Reform und Krise. Unter dem jungen Helmut Kohl und seinen Anhängern gab sich die CDU zum ersten Mal ein Grundsatzprogramm und besetzte Positionen in der Sozialpolitik mit der „neuen sozialen Frage“ (Heiner Geißler) sowie in den Politikfeldern Sicherheit oder auch Umweltschutz. Deutlich wurde durch den Vortrag, dass sich die 1970er-Jahre in der Auseinandersetzung mit demn Gründen für den Regierungsverlust als „Tendenzwende“ für die Konservativen dargestellt haben, welche den Rückgewinn der Macht, verbal aufgeladen als „geistig-moralische Wende“, im folgenden Jahrzehnt vorbereitete.

Den zweiten Sitzungstag begann LOREDANA GUERRIERI (Macerata) mit einer Bestandsaufnahme des italienischen Neofaschismus um 1970 anhand der Gruppe „L' Orologio“. Diese Gruppe brach mit den Traditionen und Kontinuitäten des Faschismus in Italien und wollte einen modernen Faschismus. Deshalb verstanden sie die studentische Rebellion des Jahres 1968 als zeitgemäße Art des politischen Protestes. Diese neofaschistische Formation hätte in einem Spannungsverhältnis mit ihren linken Antipoden gestanden, deren Probleme und Fragestellungen sie teilten, für die sie aber faschistische Lösungen und Antworten von rechts gaben.

Mit der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft untersuchte THOMAS KLEINKNECHT (Münster) eine Politisierungsagentur, die in den „Cappenbergern“ konservati-

von Wissenschaftlern ein Forum gab, um ihr ständestaatliches, von Carl Schmitt geprägtes Staatsbild in einen Diskurs von rechts einzubringen. Die 1952 gegründete Gesellschaft habe sich als Fortführung des Steinbundes der Weimarer Republik verstanden und sich betätigt als verborgene, aber doch offiziöse konservative staatspolitische Bildungsgesellschaft, deren Referentenliste sich wie das „who ist who“ der bundesrepublikanischen Staats-, Rechts- und Verwaltungswissenschaften liest. Den „Cappenberger Gesprächen“ zuzuhören gleiche einem Ablaschen der konservativen Begriffspolitik. Der „aktive Bürger“, die „Bürgerinitiativen“ oder „Demokratisierung“ sowie „Modernisierung“ sollten hier im konservativen Sinne besetzt werden.

Den Blick auf ein „Verteidigungsbündnis“ besonderer Art richtete NIKOLAI WEHRS (Potsdam). Als Reaktion auf studentische Angriffe und als Folge enttäuschter Hoffnungen bildungspolitischer Reformbestrebungen habe sich der „Bund der Freiheit der Wissenschaften“ 1970 in Bonn gegründet. Getragen worden sei dieses Netzwerk von Professoren wie Wilhelm Hennis, Hermann Lübke oder Alexander Schwan. In Abgrenzung von einer „kulturellen Hegemonie“ der „Neuen Linken“ hätten in den 1970er-Jahren viele anfänglich sozialdemokratisch orientierte Professoren begonnen, politisch und kulturell in das sich formierende „liberalkonservative“ Lager zu wechseln. Deutlich konturiert wurde das Profil der BWF-Mitglieder als „skeptische“ 45er-Generation, deren Ablehnung des „romantischen Rückfalls“ der Studenten seit 1968, die Tendenzwende von Reform euphorie der 1960er-Jahre zur Reformskepsis der 1970er-Jahre bei einem Teil der Professoren-schaft vorantrieb.

GIANCARLO FALCIONI (Macerata) analysierte das Selbstverständnis der italienischen Neofaschisten in den 1970er-Jahren. Während sich die junge Rechte wie auch die Linke 1968 in ihrer militanten Ablehnung gegen das existierende („korrupte“) System sowie in ihrem Antiamerikanismus getroffen und auch gewalttätigen gemeinsamen Ausdruck verliehen hätten, habe die neofaschistische Partei, Movimento Sociale Italiano (MSI), jede weitere Kooperation junger Faschisten

mit den linken Studenten verboten. Überraschenderweise werde hier die Nähe von politischen Inhalten und Formen der studentischen Linken und Rechten deutlich, deren Zusammenarbeit aufgrund taktischer, aber auch ideologischer Bedenken von der parlamentarischen MSI untersagt worden sei.

Die deutsche Situation der Rechtsextremisten in den späten 1960er-Jahren beleuchtete FABIAN VIRCHOW (Marburg). Nach einer Siegesserie in den Landtagswahlen verpasste die NPD 1969 den Einzug in den Bundestag. Daraufhin habe in der rechten Szene ein intensiver und kontroverser Diskussionsprozess über die Konsequenzen dieses Scheiterns eingesetzt. Die extreme Rechte schwankte zwischen einem legalen-parlamentarischen Kurs oder der Entwicklung zur außerparlamentarischen Kampfgemeinschaft. Auch die Abgrenzung oder Hinwendung zur CDU sei ein bestimmendes Thema gewesen, genauso wie Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit mit der seit 1971 existierenden DVU. Ungeklärt, so Virchow, sei auch die Frage der Entwicklung der NPD zu einer nationalen Einheitspartei oder einer Rechtspartei bündischen Typs geblieben. Ebenso kontrovers seien in den verschiedenen Theoriezirkeln, Zeitungsprojekten und Kleinstorganisationen die Zielgruppen- und Themenbestimmung diskutiert worden.

Anhand der Eigenbegriffe „Nationale Opposition“ und „Aktion Widerstand“ beschrieb CHRISTOPH KOPKE (Potsdam) zwei Aktionsformen der Rechten als Reaktion auf „1968“, die Regierung Brandt sowie deren Ostpolitik und das Scheitern in der Bundestagswahl von 1969. Mit Angstszensarien von „Volkstod“ durch Abtreibungen, „Überfremdung“ durch Zuwanderung oder der Möglichkeit eines kommunistischen Putsches bzw. Einmarsches der Roten Armee durch die Ostpolitik habe die Rechte ihre Klientel mobilisiert. Zum Gründungstreffen der „Aktion Widerstand“ versammelten sich 1970 3.000 Rechtsextremisten in Würzburg. Im Folgenden seien alle Demonstrationen dieser militanten Gruppen gewalttätig verlaufen, so dass sich die NPD-Führung 1971 von dieser Sammlungsbewegung distanziert habe. In der „Aktion Widerstand“ organisierten sich also alle Aktivisten eines militanten Rechtsex-

tremismus, der sich in den 1970er-Jahren von der NPD abwandte und sich im verstärkten Maße in Wehrsportgruppen und paramilitärischen Jugendverbänden radikalisierte.

Mit Michael Kühnen porträtierte FLORIAN MILDENBERGER (Berlin) eine Gallionsfigur des militanten Rechtsextremismus mit seiner Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), der mit seiner gelebten Homosexualität gleichsam eine Negativfolie der sexuellen und gesellschaftlichen Emanzipation der 1970er-Jahre bildet. Das politische Wirken Michael Kühnens sei durch Adaption linker Politikformen sowie die Umdeutung des homosexuellen Nazis in den idealen „politischen Soldaten“ und „Führer“, der befreit von Verantwortung gegenüber einer Familie zum politischen Kampf von der Natur bestimmt gewesen sei. Historische Orientierungsfigur war für Kühnen Ernst Röhm. Aufgrund von Anfeindungen in der rechten Szene musste Kühnen, dessen Freund von ANS-Mitgliedern ermordet wurde, immer wieder seine Homosexualität verleugnen, um politisch überleben zu können. Kühnen, der von der braunen Revolution die Umwertung aller Werte forderte, starb schließlich 1991 an Aids und symbolisiert für den Referenten den Einbruch rechts-extremistischen Gedankenguts in die Schwulenbewegung.

Der blutigen Geschichte der politischen Gewalt widmete sich PAOLA BERNASCONI (Rom) in ihrem die Tagung abschließenden Vortrag. Nach Bernasconi kamen zwischen 1969 und 1984 bei 524 Anschlägen „schwarzer“ Terroristen 199 Menschen ums Leben; im selben Zeitraum verübten Linksextremisten 2.187 Anschläge, davon 273 mit Personenschaden, denen 145 Menschen zum Opfer fielen. Von 1969 bis 1975 dominierte der „terrorismo nero“, ab Mitte der 1970er-Jahre wurde Italien vom Linksterrorismus erschüttert. Während die linken Gewalttäter eher Sachbeschädigungen sowie die Liquidierung einzelner Gegner bezweckt hätten, seien den zahlenmäßig geringeren Anschlägen von rechts verhältnismäßig mehr Menschen zum Opfer gefallen. Regelrechte Massaker seien die Taten gewesen, welche die schwarzen Terroristen im Juli 1970 bei Gioia Tauro (Kalabrien) mit sechs Toten und 169 Verletzten oder im August 1974 bei einem Tunnel zwischen

Bologna und Florenz mit zwölf Toten und fast 100 Verletzten verübten. Der schlimmste Anschlag hatte sich 1980 in Bologna mit 85 Toten und rund 200 Verletzten ereignet. Die Referentin zeichnete die Diskurse der Gewalt anhand der abgespaltenen Jugendorganisationen des MSI, „Ordine Nuovo“ sowie der „Fronte Universitario d’Azione Nazionale“ (FUAN) und der „Avanguardia Nazionale“ nach und zeigte den Stellenwert der Gewalt als politische Form für die italienische extreme Rechte im Vergleich zu nationalen und europäischen politischen Formierungen auf.

In der vierten Sektion wurden in einem Workshop die wichtigsten Ergebnisse der Tagung zusammengefasst und weiterführende Themenstellungen und Probleme behandelt. Das Phänomen „1968“ habe sich durch eine Medienrevolution zu einer weltweiten Protesterscheinung entwickelt. Eine besondere Spielart seien in Italien die „Freiradios“ gewesen, welche die Linke zur Propagierung ihrer Politik benutzten. Aufgrund schwächerer finanzieller Ausstattung habe die Rechte eher Printmedien genutzt. Als mögliches Movers für die politisch-revolutionäre Betätigung der 68er-Studenten bezeichneten die Diskutanten die Wohlstandsjugend der Protagonisten in den 1950er- und 1960er-Jahren, welche im Gegensatz zu den Heldenerzählungen über die Jungenerlebnisse der Großväter und Väter als ereignisarm empfunden wurde. Auch eine stärkere Kontextualisierung der Studentenrevolte in der zunehmenden Politisierung durch die politischen Kontroversen der 1950er und frühen 1960er-Jahre wie Wiederbewaffnung, Anti-Atomtodbewegung oder die Auschwitz-Prozesse wurden angemahnt. Gleichzeitig müssten die kulturellen Veränderungen, die Modernisierungen und Liberalisierungen der Konsumgesellschaft, des freien Marktes, des Ehe- oder Abtreibungsrechts immer mitbedacht werden. Als methodische Herausforderung bleibe der Anspruch bestehen, eine „transnationale“ Geschichte der Jugend, Jugendkultur und Jugendpolitisierung zu schreiben. Es stelle sich aber die Frage nach komparativen Kriterien für ein solches Projekt. Daneben problematisierten die Tagungsteilnehmer die Fragen nach der Qualität der Quelle „Zeitzeuge“ ge-

nauso wie Möglichkeiten und Grenzen des Einlassens auf den Sprachgebrauch der Quellen zur Rekonstruktion der Vergangenheit.

Konferenzübersicht:

Sektion 1: Einführung in das Thema

Begrüßung

Karin Priester (Münster): 1968 in Italien und Westdeutschland: Ein fundamentaler Unterschied?

Bernhard Schmid (Paris): Der Blick nach Frankreich: Die Nouvelle Droite

Sektion 2 (Teil 1): Politisierungsagenturen

Anna Menge (Oxford): Eine „Gegen-Generation“ von „Anti-68ern“? Aktivismus, Erfahrungen und Selbstverständnis konservativer Studenten an westdeutschen Universitäten in den späten 60er und frühen 70er Jahren

Linde Apel (Hamburg): Die Opposition der Opposition. Politische Organisation an Oberschulen jenseits der Protestgeneration

Frank Bösch (Gießen): Ein „rotes Jahrzehnt“? Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren

Sektion 2 (Teil 2): Politisierungsagenturen

Loredana Guerrieri (Macerata): „Nowadays Fascists“. A little history of L'Orologio's Group

Thomas Kleinknecht (Münster): Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform. „Konservative“ Einreden in den „Cappenberger Gesprächen“ der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft (FVSG) in den 1960er/1970er Jahren

Nikolai Wehrs (Potsdam): „Tendenzwende“ und Bildungspolitik. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) und die Studentenbewegung der „68er“-Generation

Giancarlo Falcioni (Macerata): Neo-Fascist black youth and system refusal in the 70s

Sektion 3: Extreme Rechte

Fabian Virchow (Marburg): In Erwartung der Krise... Zur Genese und Entwicklung rechter „systemoppositioneller“ Strategie & Tak-

tik seit den späten 1960er Jahren

Christoph Kopke (Potsdam): „Aktion Widerstand“ – ein historischer Brennpunkt? Die „Nationale Opposition“ zwischen Sammlung und Zersplitterung 1969-1971

Florian Mildener (Berlin): Homosexualität, Antisemitismus, Neonazismus – Michael Kühnen (1955-1991) als Negativ der sexuellen und gesellschaftlichen Emanzipation der 1970er Jahre

Paola Bernasconi (Rom): The search for black terrorism' roots in Italy. The political violence between theory and practice.

Sektion 4: Workshop

Gemeinsame Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Die 70er Jahre. Politisierung von Jugend und Jugendkultur zwischen Christlicher Demokratie, Neokonservatismus und Rechtsextremismus in Italien und der Bundesrepublik 1967-1982*. 01.04.2009–03.04.2009, Münster, in: H-Soz-Kult 03.07.2009.